

Niederschrift

über die 11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Mittwoch, 22.02.2017 um 16:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstraße 40, 40721 Hilden

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis90/Die Grünen

stell. Vorsitz

Herr Reinhard Zenker CDU

Ratsmitglieder

Frau Anne Kathrin Stroth SPD
Herr Carsten Wannhof SPD
Herr Kurt Wellmann SPD
Herr Michael Wegmann CDU
Herr Yannick Hoppe FDP
Herr Markus Hanten BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Michael Altieri SPD
Herr Kevin Schneider CDU
Herr Manfred Gleißner CDU
Herr Rudolf Bergner Allianz für Hilden

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Frau Regina Fey AfD

Beiräte

Frau Gabi Bindernagel Behindertenbeirat
Herr Horst Müller Seniorenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt
Frau Beigeordnete Rita Hoff
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Ulrich Hanke
Herr Ralf Scheib

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Entwicklung eines Maßnahmenkataloges zur Förderung der E-
Mobilität durch die Stadt Hilden in Kooperation mit den Stadtwer-
ken
- 3 Neuauflage des Schulgebäudeunterhaltungsprogramms
- 4 Im Hock - Neubau eines Asylbewerberheims-
- Vorlage der Unterlagen nach §14 GemHVO -
- 5 Helmholtz-Gymnasium und Marie-Colinet-Sekundarschule, Erneue-
rung der Schließanlagen mit Amokfunktion
- Vorlage der Unterlagen nach § 14 GemHVO -

Einwohnerfragestunde

- 6 Haushaltsplan-Entwurf 2017 – Änderungsliste
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Um 16.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Bartel, eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, begrüßte die Ausschussmitglieder und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Sitzungsunterlagen und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

- | | | |
|---|---|-----------------------|
| 2 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Entwicklung eines Maßnahmenkataloges zur Förderung der E- Mobilität durch die Stadt Hilden in Kooperation mit den Stadtwer- ken | WP 14-20 SV 61/120 |
|---|---|-----------------------|
-

Auf Bitte des Vorsitzenden übernahm Herr Zenker für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung, da die Fraktion Bündnis90/Die Grünen den vorliegenden Antrag gestellt habe.

Herr Bartel wies darauf hin, dass er die Erläuterungen der Verwaltung nur für teilweise richtig halte. So werden zwar Perspektiven aufgezeigt, jedoch wäre die Schlussfolgerungen aus seiner Sicht falsch. So gebe es sog. Startersets zur Schaffung von Ladestationen. Auch könne über die Bauleitplanung die Installation von entsprechenden Steckdosen vorgegeben werden. Die Anpassung des Fahrzeugparks der Stadt in Richtung Elektrofahrzeuge liege ebenfalls in der Entscheidungsbezugnis der Stadt Hilden. Selbst über das Ortsrecht könne man die Elektromobilität fördern, z.B. über ermäßigte Parkgebühren für Elektrofahrzeuge. Die Verwaltung solle daher solche derartige Maßnahmen aufzeigen und auch bewerten.

Herr Hoppe stellte klar, dass der Antrag nicht so verstanden wurde wie es der Antragsteller nunmehr in der Sitzung formuliert hat. Die FDP-Fraktion sah in dem Antrag zunächst die Zielrichtung einer Förderung Dritter durch die Stadt Hilden. Im Übrigen wäre die Förderung dieser Technologie keine Aufgabe einer Kommune.

Herr Wannhof sah in dem Antrag eine Förderung der Infrastruktur; allerdings sei es noch zu früh, um seitens der Stadt Hilden hier wesentliche Entscheidungen zu treffen. Die SPD-Fraktion befürwortet im Grunde das Anliegen, nur nicht zum aktuellen Zeitpunkt.

Frau Hoff unterstrich diese Auffassung. Es sei noch zu früh, da grundlegende Aspekte noch nicht geklärt wären. Daher solle man den Antrag nach Ablauf eines Jahres nochmals erörtern.

Herr Hanten hielt eine nur 1-jährige Verschiebung nicht für ausreichend, da auch andere Energieformen noch erforscht würden. Eine passende Infrastruktur könne auch nachträglich hergestellt werden. Die Kosten dafür sollten jedoch die Energiekonzerne tragen.

Der Antragsteller, Herr Bartel, stimmte abschließend dem Vorschlag zu einer Beratung nach Ablauf eines Jahres zu. Die Verwaltung möge die Thematik in der ersten Sitzung des Fachausschusses im Jahr 2018 auf die Tagesordnung setzen. Den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zog er daraufhin unter dieser Voraussetzung zurück.

- | | | |
|---|---|-------------------------|
| 3 | Neuaufgabe des Schulgebäudeunterhaltungsprogramms | WP 14-20 SV 26/024/1 |
|---|---|-------------------------|
-

Herr Wannhof erläuterte, dass die SPD-Fraktion mit dem Antrag zur erneuten Aufnahme des Schulgebäudeunterhaltungsprogrammes auf die Tagesordnung bewirken wollte, dass eine aktualisierte Neubetrachtung des Unterhaltungsbedarfes an den Schulstandorten vorgenommen wird. Die

sei geschehen, die Auswirkungen wären in den Haushalt bzw. in die noch zu beratenden Änderungslisten aufgenommen worden. Insofern gebe es für ihn keinen weiteren Beratungsbedarf.

4 Im Hock - Neubau eines Asylbewerberheims-
- Vorlage der Unterlagen nach §14 GemHVO -

WP 14-20 SV
26/025

Herr Danscheidt wies darauf hin, dass es sich hier um einen Vorratsbeschluss für den Fall handelt, dass die Flüchtlingszuweisungen wieder deutlich ansteigen würden und die Stadt Hilden schnell handlungsfähig sein muss. Ohne eine Veranschlagung im Haushalt müsste bei Bedarf zunächst ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden, was einen entsprechend langen zeitlichen Vorlauf erfordert. Ein Bauauftrag an die Verwaltung sei mit dem Beschluss über die § 14-Unterlagen nicht verbunden.

Herr Hoppe wies für die FDP-Fraktion darauf hin, dass der Standort Im Hock bereits im vergangenen Jahr diskutiert worden wäre. Die FDP würde den Standort auch weiterhin ablehnen und sich dementsprechend gegen den Beschlussvorschlag stellen.

Sodann beschloss der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz wie folgt:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz dem Neubau der Asylbewerberunterkunft auf dem Grundstück Im Hock und den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen mit den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 2.000.000 Euro zu. Die Maßnahme ist im Haushaltsplanentwurf 2017 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 1 Nein-Stimme (FDP-Fraktion)

5 Helmholtz-Gymnasium und Marie-Colinet-Sekundarschule, Erneuerung der Schließanlagen mit Amokfunktion
- Vorlage der Unterlagen nach § 14 GemHVO -

WP 14-20 SV
26/026

Nach kurzer Aussprache beschloss der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz wie folgt:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz dem Einbau von Schließanlagen mit Amokfunktion im Helmholtz-Gymnasium und in der Marie-Colinet-Sekundarschule und den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen mit den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 260.000 € zu. Davon entfallen 160.000 € auf das Helmholtz-Gymnasium und 100.000 € auf die Marie-Colinet-Sekundarschule.

Die Maßnahmen sind im Haushalt 2017 und der Mehrjahresfinanzplanung veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Einwohnerfragestunde

Zur Durchführung der Einwohnerfragestunde unterbrach der Vorsitzende die Sitzung um 16.30 Uhr.

Herr Dieter Donner, wohnhaft Hilden, Humboldtstr. 64 wies darauf hin, dass in der anschließenden Beratung der Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf u.a. über den SPD-Antrag zur Verlagerung der Spielmöglichkeiten vom Spielplatz Bruchhauser Kamp zum Spielplatz Pestalozzistraße entschieden werden solle. Er wies in diesem Zusammenhang auf die fachliche Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses hin und schloss mit der Frage, ob es nicht sinnvoll sei, die Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu schieben.

Herr Wannhof hielt dies für problematisch, da der Jugendhilfeausschuss ein sondergesetzlicher Ausschuss sei und im Übrigen die Zuständigkeit beim Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz liege.

Herr Donner wies ergänzend darauf hin, dass der Spielplatz Pestalozzistraße zumindest mit einer Teilfläche in einem ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet liegen würde.

Frau Hoff sagte eine diesbezügliche Prüfung zu.

Herr Bartel stellte fest, dass eine abschließende Entscheidung durch den Haupt- und Finanzausschuss getroffen würde.

6 Haushaltsplan-Entwurf 2017 – Änderungsliste

WP 14-20 SV
26/027

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt zum Haushaltsplan-Entwurf 2017 die in der Anlage aufgeführten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

s. Anlagen „Beschlüsse Ergebnishaushalt“ / „Beschlüsse Investitionen“

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Der Vorsitzende, Herr Bartel, schlug hinsichtlich der in der letzten Sitzung angeregten Waldbegehung vor, diese vor der nächsten Sitzung des Fachausschusses am 11.05.2017 stattfinden zu lassen. Treffpunkt zur Waldbegehung würde um 15.00 Uhr sein, anschließend soll um 17.00 Uhr die Sitzung stattfinden. Dieser Vorgehensweise fand die Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses.

Keine.

Ende der Sitzung: 17:08 Uhr

Klaus-Dieter Bartel
Vorsitzender

Ralf Scheib
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings
Bürgermeisterin

Norbert Danscheidt
1. Beigeordneter